

[„Betriebsrat kann die Zustimmung zur Beschäftigung von Leiharbeitnehmern auf Dauerarbeitsplätzen verweigern](#)

Das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein hat sich jüngst den Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte Berlin-Brandenburg und Niedersachsen angeschlossen, wonach der Betriebsrat die Zustimmung zum Einsatz der Leiharbeitnehmer verweigern kann, wenn ein dauerhaft anfallender Bedarf durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern abgedeckt werden soll.

[Weiterlesen ... „Betriebsrat kann die Zustimmung zur Beschäftigung von Leiharbeitnehmern auf Dauerarbeitsplätzen verweigern](#)

[Zwei Berliner Sozietäten schließen sich zur „dka Rechtsanwälte Fachanwälte“ zusammen](#)

(Berlin) – Die insbesondere bei Betriebsräten und Gewerkschaftern bekannten Berliner Sozietäten Hummel Kaleck Rechtsanwälte und Burghardt, Seybold, Tscherch, Valgolio Rechtsanwälte schließen sich mit weiteren Kollegen zum 1. Januar 2014 zur neuen Kanzlei „dka Rechtsanwälte Fachanwälte“ zusammen.

Unter Hummel Kaleck Rechtsanwälte kooperierten bisher 15 Fachanwältinnen und -anwälte; Burghardt, Seybold, Tscherch, Valgolio Rechtsanwälte waren die vier Partner gleichen Namens.

[Weiterlesen ... Zwei Berliner Sozietäten schließen sich zur „dka Rechtsanwälte Fachanwälte“ zusammen](#)

[Rassistische Gewalt mit tödlicher Dimension](#)

Bernburg (Sachsen-Anhalt), 21.9.2013. Neun größtenteils bullige - der

Schönebecker Neonaziszene zugehörige - Männer feiern, trinken und versuchen am Bernburger Bahnhof den Betreiber des Döner-Imbisses umzubringen. Für die Staatsanwaltschaft Magdeburg kein Grund ein rassistisches Tatmotiv ernsthaft in Betracht zu ziehen.

[Weiterlesen ... Rassistische Gewalt mit tödlicher Dimension](#)

Vollzug der Sicherungsverwahrung

Mit dem [Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 04.05.2012](#), was unter anderem auf eine Verfassungsbeschwerde unseres Büros ergangen ist, sind sämtliche Vorschriften zur Vollstreckung und zum Vollzug der Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig erklärt worden. Das Bundesverfassungsgericht sah unter anderem das sog. Abstandsgebot verletzt. Nun sind sowohl der Bundesgesetzgeber, als auch alle Länder in der Pflicht, bis spätestens Mai 2013 neue Gesetze zu schaffen und umzusetzen, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechen.

[Weiterlesen ... Vollzug der Sicherungsverwahrung](#)

Seite 17 von 17

- [« Anfang](#)
- [Zurück](#)
- [11](#)
- [12](#)
- [13](#)
- [14](#)
- [15](#)
- [16](#)
- 17